

## AKTUELL

ADEM

# Der schwarze Peter geht um...

Rick Mertens

**Ein Spezialbericht des Rechnungshofes über Beschäftigungsmaßnahmen bringt vor allem eines ans Licht: Defizite in der Organisation der Arbeitsverwaltung.**

Am vergangenen Mittwoch (13.7.) trafen sich die Haushaltskommission und der Beschäftigungsausschuss der „Chamber“ um über einen Spezialbericht des Rechnungshofes zu diskutieren. „Es ist offensichtlich, dass die Gouvernance der ADEM nicht funktioniert und es ist an der Zeit, dass die Direktion der ADEM ihre Verantwortung übernimmt“, äußerte sich LSAP-Fraktionschef Lucien Lux im Anschluss an die Sitzung. Eine deutliche Kritik, die von den Vertretern sämtlicher Parteien, ob Regierung oder Opposition, geteilt wurde. Man war sich einig, dass es womöglich personeller Konsequenzen an der Spitze des Arbeitsamtes bedarf, um erfolgreiche Reformen in Sachen Arbeitslosenbekämpfung durchführen zu können. Definitive Entscheidungen in diese Richtung werden aber wohl erst nach den Sommerferien fallen.

Dabei hatte der Rechnungshof ursprünglich alles andere als Kritik an der ADEM ausüben wollen, denn in ihrem Bericht heißt es: „la Cour tient à souligner que le présent rapport n'a pas pour vocation de faire un audit supplémentaire du fonctionnement et de l'organisation de l'ADEM“. Sinn und Zweck des Berichts war es in erster Linie, die Effizienz von bestimmten Beschäftigungsmaßnahmen in Augenschein zu nehmen. Besonders solche standen auf dem Prüfstand, die 2006 im Gesetz Nummer 5611 festgeschrieben wurden. Ein Gesetz, das damals teilweise stark kritisiert worden war und immerhin zu einem landesweiten Schülerstreik geführt hatte. Es wäre also durchaus sinnvoll gewesen, nun einen Überblick über die tatsächlichen Auswirkungen der Maßnahmen zu erhalten. Der vorliegende Bericht bietet in dieser Hinsicht jedoch wenig aufschlussreiche Erkenntnisse. Geprüft wurden, zum Beispiel, die ehemals sehr umstrittenen Verträge zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, CAE (contrat d'appui-emploi) und CIE (contrat d'initiation à l'emploi). In beiden Fällen, merkt der Rechnungshof allerdings lediglich an, dass die Resultate seiner Studie

wenig aussagekräftig seien. Dies liege vor allem daran, dass die ADEM, auch auf wiederholte Nachfrage hin, keine aussagekräftigen Daten geliefert habe. Etwas hilflos blieb den Prüfern dann nur, auf einen Bericht des CEPS (Centre d'étude de populations) vom Februar 2010 Bezug zu nehmen, der ihnen schlussendlich vom Arbeitsministerium zugestellt wurde. Der CEPS hatte in seiner Untersuchung festgestellt, dass zumindest der CIE, der sich auf den Privatsektor beschränkt, die Chancen der jungen Arbeitssuchenden zu verbessern scheint.

Auch bezüglich anderer beschäftigungsfördernder Maßnahmen ist es dem Rechnungshof nur bedingt gelungen, relevante Erkenntnisse zu gewinnen. So konnte nicht festgestellt werden, ob der 2007 eingeführte individualisierte Vertrag zwischen der ADEM und dem Arbeitssuchenden die Aussicht auf Arbeit tatsächlich erhöht. Angemerkt wurde lediglich, dass die ADEM nicht über genügend Personal verfügt, um mit allen Arbeitslosen einen entsprechenden Vertrag abzuschließen. Genauso wurde festgestellt, dass die Kontrollmechanismen der ADEM nicht greifen, weil es an Prüfern fehlt. Die wichtigste Empfehlung des Rechnungshofs, neben der Einführung eines adäquaten Bewertungssystems für neue eingeführte Maßnahmen, ist denn auch die Mitarbeiterzahl des Arbeitsamtes aufzustocken.

War man sich nach der Sitzung der vergangenen Woche parteiübergreifend über die organisatorischen Probleme der ADEM auch einig, so gab es dennoch Differenzen darüber, wer nun die politische Verantwortung dafür zu tragen habe. Während Arbeitsminister Nicolas Schmit (LSAP) offenbar auf die dürftige Arbeit seines Vorgängers verwies, bezeichnete Anne Brasseur (DP) dies als „schlechten politischen Stil“, denn immerhin sei seit Schmits Amtseintritt vor zwei Jahren noch nicht viel passiert. Wie dem auch sei: Die Zahl der unter 30-jährigen Arbeitslosen ist von Mai 2006 bis heute um 32,1% auf 3.474 Arbeitssuchende gestiegen. Wirksame Gegenmaßnahmen würden demnach dringend gebraucht, am besten im Rahmen einer funktionierenden ADEM.

## SHORT NEWS

## déi Lénk misent sur le salariat

« Bilan de la session parlementaire 2010/2011 et perspectives pour 2011/2012 », c'est sous ce titre que déi Lénk avaient invité la presse mardi dernier. En fait, le bilan était moins celui du travail de la Gauche que celui du gouvernement Juncker et de sa politique orientée, selon André Hoffmann, sur le « principe de l'inégalité ». Idem pour le Conseil européen : alors que le bon vieux Keynes aurait déjà, face à l'accroissement constant de la productivité, pronostiqué la journée de trois heures, le message des leaders néolibéraux serait celui d'un accroissement du temps de travail. De plus, en fustigeant le système de l'index, ils rempliraient les poches de ceux qui sont responsables de la crise. En ce qui le concerne, le parti s'est surtout félicité de l'augmentation du nombre de ses membres (de 300 à 400 l'année dernière), ainsi que de l'écho positif que trouvent ses tentatives à mettre en place des listes pour les communales : Serge Urbany est confiant qu'à part les listes d'Esch-Alzette, de Sanem et de Luxembourg-Ville qui ont déjà été présentées, son parti sera présent également à Differdange, Dudelange et Hesperange. Des grandes communes donc, où se concentre le salariat. C'est parmi ce dernier qu'on veut « dégager un nouveau consensus sur la nécessité d'en finir avec le néolibéralisme ». Par rapport au rival KPL, on n'est au courant que de listes à Esch-Alzette et à Differdange, deux communes donc où déi Lénk veulent également se présenter : « Pour le reste, nous n'en savons rien. » Quant à la question des coalitions, on n'y est pas opposé par principe, mais les conditions sont claires : « Il faut que le social soit à nouveau au centre des préoccupations ».

## Landet Cargolux in Manchester?

Als „Kampfansage an das Luxemburger Sozialmodell“ kritisiert der OGBL die Möglichkeit, dass Cargolux eine Neuverhandlung des Handling-Abkommens mit Luxair einfordern könnte. Auch der LCGB, der seinerzeit den Einstieg von Qatar Airlines ins Cargolux-Aktionariat gutgeheißen hatte, sieht in dieser Frage „die Glaubwürdigkeit der politisch Verantwortlichen“ gefährdet. Der OGBL hatte den Einstieg abgelehnt, unter anderem weil Qatar Airlines anhand der Sperrminorität Entscheidungen wie die zum Handling beeinflussen kann. Wenn aber die „Symbiose“ zwischen Luxair und Cargolux gestört werde, dann breche das für beide Firmen und deren Belegschaften profitable System zusammen, so die Gewerkschaft. Warum es aber eigentlich normal ist, dass Cargolux der faktischen Querfinanzierung von Luxair ein Ende setzen will, erfährt man interessanterweise im OGBL-nahen Tageblatt vom vergangenen Freitag: „Qatar Airways will mit dem Investment Geld verdienen und wird auf die Jagd nach zu hohen Ausgaben bei Cargolux gehen“, schreibt der Wirtschaftsjournalist Helmut Wyrwich. Das werde am Luxemburger Flughafen nicht schwierig sein, so Wyrwich weiter, und betreffe unter anderem die vor dem Qatar-Deal ausgehandelte Erhöhung der Handlingpreise um drei Prozent. Der neue Aktionär verlange „internationale Verhaltensweisen“, und so diagnostiziert der Tageblatt-Journalist „den Anfang vom Ende der Luxembourg SA - in der sich über die Politik und über persönliche Beziehungen vieles aus Freundschaft und unter der Hand regeln ließ“. Ob Traum oder Albtraum, so ganz scheint sich der Manchester-Kapitalismus im luxemburgischen Luftverkehrssektor noch nicht durchgesetzt zu haben. Wie das gleiche Tageblatt berichtet, versicherte am gestrigen Donnerstag Transportminister Claude Wiseler den Gewerkschaften, dass es in Sachen Handling-Abkommen bei Cargolux „keine Anzeichen für eine Neuverhandlung“ gebe.